



Neue Kraft

Klar und bestimmt, schonungslos mit den alten Naziverbrechern. Die Zeitschrift *Österreichisches Tagebuch* in der Zeit zwischen Neubeginn und Restauration in den Jahren 1946 bis 1949. Ein Vorabdruck. Von Erich Hackl

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 15. OKTOBER 2019, NR. 239 · 1,80 EURO (DE), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Müssen weg

Gericht verfügt hohe Haftstrafen für Organisatoren von Kataloniens Unabhängigkeitsreferendum

2

Darf jetzt

Bundesregierung will Huawei beim Aufbau des 5G-Mobilfunknetzes nicht weiter ausschließen

5

Bleibt rechts

Polen: Parlamentswahl bestätigt Mehrheit für Regierungspartei PiS. Siehe Kommentar Seite 8

7

Kämpft weiter

Bilanz IG-Metall-Gewerkschaftstag: 24stündige Streiks und Erhöhung des Organisationsgrades

15

Gegenwind für Ankara

Nordsyrien: Regierungstruppen kommen Kurden zu Hilfe. EU-Außenminister fordern Ende des türkischen Feldzugs. Warnung vor NATO-Bündnisfall. **Von Wiebke Diehl**

Die syrische Regierung hat am Montag, fünf Tage nach Beginn des türkischen Einmarschs, Truppen an die Grenze zur Türkei verlegt. Laut der syrischen Nachrichtenagentur SANA rückten Soldaten mit dem Auftrag, sich der »türkischen Aggression« entgegenzustellen, in zahlreiche Orte um Rakka sowie nach Al-Tabka vor. Die ersten Einheiten waren bereits am frühen Morgen in Tel Tamer eingezogen, das an der strategisch wichtigen Autobahn M4, die den Osten und Westen Syriens verbindet, liegt und bereits seit Sonntag unter Kontrolle der syrischen Armee steht. Tel Tamer ist nur 35 Kilometer von Ras Al-Ain im Nordosten der Provinz Hasaka entfernt, wo türkische Kampfjets am Sonntag erneut ein Massaker mit Dutzenden Toten, darunter auch ausländische Journalisten, anrichteten.

In den Städten Kamischli und Hasaka wurde am Montag die syrische Flagge gehisst. Bewohner gingen spontan auf die Straße, um die gemäß einem unter Vermittlung Russlands zwischen Damaskus und den Syrischen Demokratischen Kräften (SDK) ausgehandelten Abkommen in die gesamte Grenzregion entsandten syrischen Soldaten zu empfangen. Offensichtlich beugte die kurdische Führung die Unterstützung durch die syrische Armee weiterhin misstrauisch: »Wir mussten mit der syrischen Regierung verhandeln«, erklärte die Autonomieverwaltung. Der Kurdenvertreter Aldar Xelil betonte, es sei eine rein »militärische Vereinbarung zur Verteidigung der syrischen Grenze«. In einem am Sonntag im Magazin *Foreign Policy* erschienenen Gastbeitrag schrieb Mazlum Abdi, Generalkommandeur der SDK, man traue den Versprechen der Syrer und Russen nicht. Und das,



Unterstützung unter Vermittlung Russlands: Syrische Regierungstruppen am Montag im kurdischen Tel Tamer

obwohl syrische Armee und Kurden trotz der von der kurdischen Führung im März 2016 ausgerufenen – von der Mehrheit der Syrer aber abgelehnten – Föderation nie gegeneinander gekämpft haben und die Menschen im Norden des Landes auf Unterstützung durch Damaskus dringend angewiesen sind. Ob auch russische Soldaten an der geplanten Zurrückschlagung der türkischen Invasion beteiligt sein werden, ist unklar, wird aber angesichts der engen Beziehungen zwischen Moskau und Ankara als unwahrscheinlich eingeschätzt.

Hinzu kommt, dass der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn am Montag morgen vor der Möglich-

keit eines NATO-Bündnisfalls mit der Türkei gewarnt hat, deren Feldzug er als »Verbrechen« bezeichnete. Die EU-Außenminister einigten sich am Montag in Luxemburg darauf, dass es kein allgemeines Waffenembargo gegen Ankara geben solle. Dies hatten mehrere Mitgliedsstaaten gefordert, für die Entscheidung wäre aber Einstimmigkeit notwendig gewesen. So ist es weiter den nationalen Regierungen überlassen, ob sie Rüstungsgüter an die Türkei verkaufen. Die EU-Außenminister forderten Ankara statt dessen dazu auf, »seine einseitigen militärischen Handlungen in Nordostsyrien zu stoppen und seine Truppen abzuziehen«.

Den von Außenminister Heiko Maas am Sonntag angekündigten deutschen Stopp von Genehmigungen für Rüstungsexporte, »die durch die Türkei in Syrien eingesetzt werden können«, bezeichnete die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Sevim Dagdelen, auf Nachfrage von *jW* als »Luftnummer«. Die abrüstungspolitische Sprecherin der Linke-Fraktion weiter: »Schaut man sich die Rüstungsexportberichte der letzten Jahre an, wird deutlich, dass die bisherige Exportpraxis nahezu unverändert fortgesetzt werden könnte. Die Türkei würde eines der Hauptempfängerländer deutscher Rüstungsgüter bleiben.« ■ Siehe Seite 8

London: Queen eröffnet Parlament nach Pause



London. Mit viel Pomp hat die britische Königin Elizabeth II. (Foto) nach einwöchiger Pause das Parlament in London wiedereröffnet. Die Queen stellte am Montag das Programm der Regierung von Premierminister Boris Johnson vor und erklärte, die Umsetzung des EU-Austritts am 31. Oktober habe für London »Priorität«. Mit dem Verlesen der Regierungserklärung eröffnet die britische Monarchin traditionell das Parlament nach der Herbstpause. »Es war immer die Priorität meiner Regierung, den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 31. Oktober sicherzustellen«, zitierte die Königin aus Johnsons Regierungsprogramm. Das Kabinett wolle eine »neue Partnerschaft« mit der EU, die auf »freiem Handel und freundschaftlicher Kooperation« basieren solle. (AFP/jW)

EU genehmigt staatlichen Kredit für »Condor«

Brüssel. Die EU-Kommission hat den staatlichen Überbrückungskredit für die deutsche Airline »Condor« genehmigt. Die vorgesehene 380 Millionen Euro der Staatsbank KfW verzerrten den Wettbewerb in der EU »nicht übermäßig«, teilte die Behörde am Montag mit. Die Fluggesellschaft mit 4.900 Beschäftigten wird in einem sogenannten Schutzschirmverfahren den Winter überleben. Dabei soll verhindert werden, dass Geld an die insolvente »Thomas Cook Group«, den britischen Mutterkonzern, abfließt. Die EU-Kommission fügte hinzu, dass der Kredit »im Interesse der Fluggäste zur ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung der Flugdienste beitragen« werde. Die extremen Folgen für Urlaubsländer wie Griechenland – je nach Berechnung muss die Tourismusbranche nach der Insolvenz Einbußen von 250 bis 500 Millionen Euro befürchten – werden durch den Kredit nicht aufgefangen. (dpa/jW)

Seehofer will Überwachung ausweiten

Nach Anschlag auf Synagoge in Halle soll auch Inlandsgeheimdienst Computer hacken dürfen

Nach dem Angriff durch einen Neonazi auf die Synagoge in Halle an der Saale und die Ermordung zweier Menschen durch ihn am Mittwoch beabsichtigt die Bundesregierung, die staatliche Massenüberwachung im Internet auszuweiten. Vorwand dafür ist die Bekämpfung von »Radikalisierung und Vernetzung von Rechtsextremisten«, berichtete die *Deutsche Presseagentur* am Montag. Dazu würden bereits vorliegende Pläne nun aus der Schublade geholt, wie Armin Schuster (CDU) vor einer Sitzung des für die Geheimdienste der BRD

zuständigen Parlamentarischen Kontrollgremiums einräumte. Konkret gehe es um einen Entwurf des von Horst Seehofer (CSU) geleiteten Bundesinnenministeriums, wonach der Inlandsgeheimdienst zur sogenannten Online-durchsuchung und zur Umgehung von Verschlüsselungen ermächtigt werden soll. Das Papier liege, so Schuster, im Justizministerium zur Abstimmung »seit Monaten auf dem Tisch«.

Polizeibehörden dürfen bereits unbemerkt in Computersysteme eindringen und dort auf Daten zugreifen, sofern es um schwere Straftaten geht

und ein Richter es genehmigt. Dies und die sogenannte Quellen-TKÜ will das Bundesinnenministerium künftig auch dem »Verfassungsschutz« erlauben. Diese Art der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) ermöglicht es, Nachrichten mitzulesen, die von Gerät zu Gerät verschlüsselt versendet werden. Dazu werden auch der Öffentlichkeit nicht bekannte Schwachstellen in Software oder Hardware ausgenutzt.

Derweil ist bekannt geworden, dass die Polizei in Sachsen-Anhalt den Attentäter von Halle bei seiner Flucht eine

Stunde lang aus den Augen verloren hatte. Das berichteten laut *dpa* mehrere Landtagsabgeordnete aus einer Sondersitzung des Innenausschusses am Montag in Magdeburg. Schließlich sei es zwei Revierpolizisten aus Zeitz gelungen, den Täter festzunehmen, sagte SPD-Innenpolitiker Rüdiger Erben. Anders als bisher angenommen seien es nicht Spezialkräfte gewesen, die den Täter stellten. Das Innenministerium bestritt, dass es Polizeipannen gegeben habe. Es seien »alle Kräfte mobilisiert« worden.

(dpa/AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.216 Genossinnen und Genossen (Stand 18.9.2019)
 www.jungewelt.de/lpg

